



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell



78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Büro:
Charlotte Biskup
Floriana Krügel
Dominik Bernauer
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842621
Telefax: 07531 - 2842620

Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 10-12Uhr
Di. 13-16, Do. 8-12Uhr

Konstanz, 13.11.2009

Pressemitteilung: „Grüner Abgeordneter Lehman kritisiert mangelnde Unterstützung der CDU für Stärkung der Mitspracherechte von Bürgern bei der Planung von Mobilfunkstandorten“

In der letzten Plenarsitzung des Landtags hatte die Grüne Landtagsfraktion gemeinsam mit der SPD im Rahmen der Beratungen über die neue Landesbauordnung einen Antrag zur Wiedereinführung der kommunalen Genehmigungspflicht für Antennen und Sendemasten im Gemeindegebiet gestellt. Dass der Antrag durch die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion abgelehnt wurde, kritisiert der Konstanzer Landtagsabgeordnete Lehmann: „Auch CDU-Gemeindeverbände fordern die Wiedereinführung der Genehmigungspflicht. Mir ist unverständlich, dass sich auch die regionalen Landtagsabgeordneten der CDU diesem Anliegen verschließen.“ Die Genehmigungspflicht würde gemäß Lehmann die Lösung von Standortkonflikten erleichtern und der Information der Bürgerinnen und Bürger dienen.

Schon 2008 hatte die grüne Landtagsfraktion einen Antrag auf Wiedereinführung der Genehmigungspflicht für Antennen und Sendemasten gestellt. Die Landesregierung sah jedoch keinen Handlungsbedarf. Laut Siegfried Lehmann ist dieser jedoch klar gegeben: Nur 30 Prozent der registrierten Mobilfunkstandorte sind nach der geltenden Rechtslage genehmigungspflichtig. 70 Prozent hingegen können ohne Genehmigung der Kommune erstellt werden.

Am Beispiel Markelfingen könne man sehen, wozu die derzeitige Rechtslage führe, so Lehmann: „Im Moment kann ohne Mitsprache der Kommune beispielsweise in geringer Entfernung zu einem Kindergarten und einer Schule ein Mobilfunkmast aufgestellt und zudem die Ortseinfahrt durch eine riesige Antenne verschandelt werden, wie leider etwa in Markelfingen der Fall.“ Aufgrund des

mangelnden Mitspracherechts der Bürgerinnen und Bürger können die Unternehmen den für sie günstigsten Standort wählen, der aber oft aus Sicht der Kommune nicht der günstigste ist. „Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden sondern müssen ein Mitspracherecht auf gleicher Augenhöhe bekommen. Daher brauchen wir die Wiedereinführung der Genehmigungspflicht“, fordert der Konstanzer Landtagsabgeordnete.

Siegfried Lehmann ist daher enttäuscht, dass es bei der Überarbeitung der Landesbauordnung kein Umdenken bei den CDU-Landespolitikern gegeben hat und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nach wie vor hinter denen der Mobilfunkkonzernen angestellt bleiben: „Inwieweit Gefahren von Mobilfunksendeanlagen ausgehen, ist schlichtweg noch nicht abschließend geklärt. Das Mindeste, was die Menschen daher erwarten können, ist, dass sie nicht vor vollendete Tatsachen gesetzt werden sondern bei der Standortsuche für Sendeanlagen mitreden dürfen!“ Der Grüne Abgeordnete spricht sich damit nicht grundsätzlich gegen die Aufstellung von Mobilfunkmasten aus, jedoch muss er feststellen, „es gibt in jedem Fall einer Standortsuche für Mobilfunksendeanlagen mehrere potenzielle Standorte. Da die Kommunen in den meisten Fällen jedoch über keinerlei Mitspracherechte verfügen, wählen die Anbieter in aller Regel den für sie günstigsten Standort aus – was aus Sicht der Kommune nicht unbedingt der am besten geeignete Standort ist.“

Siegfried Lehmann erhoffte sich über die Novellierung der Landesbauordnung eine Stärkung der kommunalen Kompetenz hinsichtlich der Standortplanung von Mobilfunkanlagen. „In den meisten Fällen kann ein Konsens zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommune und Anbietern gefunden werden – dies erfordert aber eine rechtliche Stärkung der Kommunen, damit zwischen gleichwertigen Partnern verhandelt werden kann!“

Im September letzten Jahres hatte sich der CDU-Gemeindeverband Gaienhofen ebenfalls für die Stärkung des kommunalen Mitspracherechts ausgesprochen. Die CDU-Abgeordneten im Landtag verweigerten indes dem entsprechenden Antrag der Grünen ihre Zustimmung. „Die Kollegen von der CDU sollten sich den Rat ihrer Parteifreunde stärker zu Herzen nehmen, damit die unbefriedigende Rechtslage endlich geändert wird“, rät Lehmann.